



FraktionsInfo

SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow

Ausgabe Januar 2015

Inhalt:

Fraktion vor Ort:	Neujahrsempfänge zum Jahresbeginn	Seite 2
	Solidarität mit den Anschlagsoffern in Frankreich	Seite 3
Fraktion aktuell:	Neue stellvertretende Bürgerdeputierte gewählt	Seite 3
28. BVV:	Initiativen der SPD-Fraktion	Seite 4

Pressemitteilungen:

„Bessere Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge bei weniger Bürokratie“	Seite 9
„Wilhelmsruher Tor' als lebendiges Stadtquartier zeitnah umsetzen!“	Seite 10
„Mehr Parkplätze durch Querparken im Prenzlauer Berg“	Seite 11

Herausgeber: SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin. Email: spd-fraktion-pankow@berlin.de, Internet: www.spd-fraktion-pankow.de. Redaktion: Rona Tietje (ViSdP), Bertram Schwarz, die Sprecherinnen und Sprecher für die Politikfelder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Fraktion wieder. Redaktionsschluss: 31.01.2015, Erscheinungsdatum: 03.02.2015

Fraktion vor Ort

Neujahrsempfänge zum Jahresbeginn

Es ist die Gelegenheit, um miteinander ins Gespräch zu kommen, neue Kontakte zu knüpfen und bereits bestehende zu vertiefen: Die Neujahrsempfänge verschiedener Vereine und Institutionen bestimmten auch 2015 den politischen Jahresauftakt, und viele Mitglieder der SPD-Fraktion nutzten diesen Anlass.

Den Anfang machte der gemeinsame Empfang des Bezirks und der BVV am 06. Januar, zu dem mehr als 800 Gäste ins Kesselhaus auf dem Gelände der Kulturbrauerei kamen. Zu den Höhepunkten des Abends zählte dabei die Verleihung der Bezirksmedaille an Renate Stark, die seit 20 Jahren die Caritas-Beratungsstelle in der Dänenstraße leitet und sich dabei mit viel Herz, Verstand und Engagement für Menschen



in sozialen Notlagen einsetzt. Ihrer Hartnäckigkeit und Kreativität ist es zu verdanken, dass oftmals Lösungen in Situationen gefunden werden konnten, für die es keine mehr zu geben schien. Die Bezirksmedaille ist deshalb die Anerkennung für ihre besonderen Verdienste um den Bezirk Pankow.

Neben dem Empfang des Vereins „Für Pankow“ e.V. mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller und einigen weiteren gelungenen Veranstaltungen besuchten Vertreter der Fraktion auch den Neujahrsempfang der Ahmadiyya Muslim Jamaat in der Khadija Moschee in Heinersdorf. Wenige Tage nach dem Anschlag mutmaßlicher islamistischer Terroristen in Frankreich war dies ein wichtiges Signal für Religionsfreiheit und eine offene, pluralistische Gesellschaft. Der Imam der Heinersdorfer Gemeinde, Said Ahmed Arif, grenzte in seiner Rede den friedlichen Islam unmissverständlich von denen ab, die Religion als Rechtfertigung für Gewalttaten missbrauchen. Die vielen Gäste verschiedener Pankower Glaubensgemeinschaften, politischer Parteien, Vereinen und Nachbarn zeigten, dass die islamische Gemeinde in Heinersdorf längst ein selbstverständlicher Teil von Pankow geworden ist und das kulturelle Zusammenleben in unserem Bezirk bereichert.

Fraktion vor Ort

Solidarität mit den Anschlagsoffern in Frankreich

In einem Dringlichkeitsantrag hat die BVV Pankow die Anschläge in Frankreich verurteilt und der Opfer gedacht. In dem Antragstext, der von allen Fraktionen unterstützt wurde, hieß es: "Auch in unserer Stadt, in unserem Bezirk sind kein Platz für Fundamentalismus und Intoleranz. Wir treten für eine offene, freie und demokratische Gesellschaft ein und setzen auf den friedlichen Dialog der Religionen."



Im Anschluss an die Sitzung fuhren Mitglieder des SPD-Fraktionsvorstands gemeinsam mit anderen Vertreterinnen und Vertretern der BVV Pankow zur französischen Botschaft am Pariser Platz und legten Blumen nieder. Als ein sichtbares Zeichen der Solidarität mit unseren französischen Freunden.

Fraktion aktuell

Neue stellvertretende Bürgerdeputierte gewählt

Für drei verschiedene Ausschüsse wurden im Dezember stellvertretende Bürgerdeputierte gesucht. Nach dem zwölf Genossinnen und Genossen dem Aufruf der Fraktion folgten und sich beworben hatten, standen die ersten beiden Fraktionssitzungen des neuen Jahres im Zeichen der Nominierung derjenigen, die der BVV in ihrer Januar-Tagung zur Wahl in die Ausschüsse vorgeschlagen werden sollten.

Jede_r Bewerber_in bekam die Gelegenheit sich der Fraktion vorzustellen, Nachfragen zu beantworten und selbst Fragen stellen zu können. Bereits im Vorfeld der Sitzung zeichnete sich ab, dass die Entscheidung der Fraktion angesichts des ausnahmslos sehr gut geeigneten Bewerberfeldes schwierig werden würde. Daher spielten in der anschließenden Diskussion nicht nur die fachlichen Qualitäten der Kandidatinnen und Kandidaten eine Rolle, sondern auch die bisherige Ausschusszusammensetzung. Claudia Hakelberg (Stadtentwicklung und Grünanlagen), Mathias Brüggmann (Wirtschaft, Gleichstellung und Städtepartnerschaften) und Henning Mohr (Kultur und Weiterbildung) werden ab sofort die Arbeit der Fraktion als stellvertretende Bürgerdeputierte unterstützen.

Die SPD-Fraktion freut sich auf die Zusammenarbeit und bedankt sich herzlich bei allen Bewerberinnen und Bewerbern!

Bezirksverordnetenversammlung am 14.01.2015**Initiativen der SPD-Fraktion**

Die SPD-Fraktion hat zur 28. ordentlichen Tagung der BVV Pankow fünf Anträge eingebracht, darunter die Anträge zur Wahl von Mathias Brüggmann und Henning Mohr als stellvertretende Bürgerdeputierte. Claudia Hakelberg wird voraussichtlich in der nächsten BVV am 18. Februar offiziell gewählt. Die Initiativen im Überblick:

Antrag:**Stadtquartier „Wilhelmsruher Tor“ (Drs.-Nr. VII-0871)**

Die BVV Pankow begrüßt die Errichtung eines neuen integrierten Stadtquartiers „Wilhelmsruher Tor“ am S-Bahnhof Wilhelmsruh mit der Errichtung von ca. 250 Wohneinheiten, einer Kindertagesstätte, einem Nahversorger sowie Flächen für Dienstleistungsangebote.

Das Bezirksamt wird deshalb ersucht, zeitnah (noch im ersten Quartal 2015) durch einen Aufstellungsbeschluss das Verfahren der verbindlichen Bauleitplanung zu beginnen und schnellstmöglich im Verfahren einen städtebaulichen Vertrag zu verhandeln und abzuschließen.

Im städtebaulichen Vertrag sollen die folgenden Punkte berücksichtigt werden:

- Sicherstellung einer integrierten Gesamtentwicklung der Fläche durch Nutzungsmischung und städtebauliche Gesamtqualität
- Errichtung von ca. 250 Wohneinheiten mit in etwa gleichen Anteilen von kleinen Wohnungen für Single-Haushalte und größeren für Familien geeignete Wohnungen, einschließlich Tiefgarage
- Herstellung dieser Wohnungen überwiegend in Mehrfamilienhausbauweise, die sich städtebaulich an der Umgebung orientiert und denkmalpflegerischen Aspekten Rechnung trägt
- Bereitstellung von mindestens einem Drittel dieser Wohnungen für Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen und Begrenzung der Miete auf maximal 30 Prozent des Nettohaushaltseinkommens
- Errichtung einer Kindertagesstätte mit einer Kapazität für mindestens 125 Kinder

Außerdem ist im städtebaulichen Vertrag festzuhalten, wie sich die Eigentümer an der gegebenenfalls notwendigen Ausweitung von Standorten der bezirklichen Daseinsvorsorge beteiligen.

Darüber hinaus wird das Bezirksamt ersucht, die mit der Schaffung eines neuen Stadtquartiers verbundenen Konsequenzen für das gewachsene Wilhelmsruher Ortszentrum im Rahmen des Zentrenkonzepts des Bezirks Pankow sowie für die notwendige Infrastruktur, etwa bei der Schulbedarfsplanung und der Verkehrsplanung, rechtzeitig zu berücksichtigen.

25 Jahre nach dem Fall der Mauer ist das Gebiet zwischen dem S-Bahnhof Wilhelmsruh und dem Beginn der Hauptstraße noch immer von den Auswirkungen der Teilung gezeichnet. Das Gesamtkonzept des Stadtquartiers „Wilhelmsruher Tor“ ist geeignet, diese städtebauliche Lücke zu schließen.

Durch die Schaffung von ca. 250 Wohneinheiten wird ein Beitrag geleistet, der angespannten Wohnungssituation in Pankow zu begegnen sowie ein Wilhelmsruh prägendes städtebauliches Areal aufzuwerten.

Das Konzept sieht eine Funktionsdurchmischung vor und ist gut an den ÖPNV angebunden. Als Gesamtkonzept kann das Quartier „Wilhelmsruher Tor“ damit zur Beibehaltung bzw. Wiedergewinnung der Wohn- und Lebensqualität in Wilhelmsruh beizutragen.

Die Errichtung des Stadtquartiers „Wilhelmsruher Tor“ ist durch die Nutzung einer bereits versiegelten Fläche ökologisch unbedenklich.

Bei der Entwicklung des neuen Stadtquartiers sind auch die Auswirkungen auf das gewachsene Wilhelmsruher Ortszentrum in der Hauptstraße zu beachten. Ein weiterer Bedeutungsverlust des Wilhelmsruher Ortszentrums würde die Attraktivität des Pankower Ostens reduzieren und Wilhelmsruh zur „Schlafstadt“ verkommen lassen.

Durch die Errichtung einer Kindertagesstätte werden die notwendigen Rahmenbedingungen für mehr Kinderbetreuungsangebote verbessert. Der mit dem neuen Stadtquartier verbundene Bevölkerungszuwachs muss in gleicher Weise auch bei der Schulbedarfsplanung und anderen Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge berücksichtigt werden.

 Überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen.

Antrag:**Gesundheitsversorgung für Asylbewerber_innen sicherstellen (Drs.-Nr. VII-0873)**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich gegenüber den zuständigen Senatsverwaltungen dafür einzusetzen, dass zügig eine Regelung geschaffen wird, die, analog zu dem seit 2005 in Bremen praktizierten Modell, die Gesundheitsversorgung inklusive einer Ausgabe von Krankenversicherungsschipkarten an Asylbewerber_innen ermöglicht.

Der BVV ist bis zum 28.02.2015 zu berichten.

Asylbewerber_innen haben nur bei akuten Erkrankungen und Schmerzen einen Anspruch auf medizinische Behandlung. Durch diese Sonderregelung können Leistungsbezieher_innen nicht einfach zum Arzt gehen, wenn sie krank werden, sondern müssen bei den zuständigen Behörden so genannte Krankenscheine ausstellen lassen. Dieser restriktiver Zugang zum Gesundheitssystem führt in der Praxis dazu, dass Krankheiten und Krankenbehandlungen verschleppt, Chronifizierungen gefördert werden und am Ende teure medizinische Notdienste in Anspruch genommen werden müssen. Das Krankenscheinsystem hat somit nicht nur gesundheitliche Folgen für die Betroffenen. Die Verwendung von Krankenscheinen und der damit einhergehenden Bürokratie bedeuten für alle Beteiligten auch mehr Aufwand und zusätzliche Kosten. Zudem ist es durch die jetzt auf Bundesebene verabschiedete Neuerung des Asylbewerberleistungsgesetzes den Ländern frei gestellt, Regelungen zur Vergabe von Versicherungsschipkarten zu erlassen. In Bremen wird ein solches Modell bereits seit 2005 praktiziert; dort gibt die AOK Bremen aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung mit der Bremer Sozialbehörde Krankenversicherungsschipkarten an Asylbewerber_innen aus. 2012 wurde dieses Modell auch von Hamburg übernommen. Das System hat sich in der Praxis bewährt und auch nicht zu Mehrkosten geführt.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag:**Querparken in der Sredzkistraße (Drs.-Nr. VII-0874)**

Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt, auf der Nordseite der Sredzkistraße im Abschnitt zwischen der Knaackstraße und Einfahrt der Kulturbrauerei das Parken im öffentlichen Straßenraum von Längs- auf Querparken umzustellen und dementsprechend Parkhäfen zu markieren.

Im Bereich um die Kulturbrauerei sowie im Quartier Kollwitzplatz sind Stellplätze im öffentlichen Raum trotz der Parkraumbewirtschaftung knapp. Mit der beschriebenen Umstellung werden zusätzliche Stellplätze geschaffen. Zugleich wird die Gasse der Fahrbahn verengt, so dass Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit des motorisierten Individualverkehrs (MIV) die Folge sein dürfte. Das erhöht die Verkehrssicherheit und trägt zur Beruhigung des Straßenzuges bei.

Das Bezirksamt hat in der Beantwortung der Kleinen Anfrage VII-0691 zu dem Anliegen ausgeführt, dass „aufgrund der vorhandenen Fahrbahnbreite sowie den vorgegebenen, bindenden Regelplänen für die Anordnung von Parkständen (Parkhäfen)“ eine Senkrechtaufstellung in Teilen möglich wäre, so dass in etwa bis zu zwölf zusätzliche Stellplätze geschaffen werden können.

Den anfallenden Markierungskosten im vermutlich unteren vierstelligen Bereich stehen gemäß der weiteren Ausführung zur Beantwortung der Kleinen Anfrage VII-0691 nicht exakt bezifferbare Mehreinnahmen gegenüber, die sich aus den rechnerischen Jahresmittelwerten von 252 Euro je Parkstand für die Parkscheingebühren und 275 Euro je Parkstand durch Buß- und Verwarngelder zusammensetzen. Bei 12 Stellplätzen ergäben sich rechnerisch Mehreinnahmen von voraussichtlich über 6.300 Euro pro Jahr. Damit amortisieren sich die Kosten für die Markungsarbeiten bereits nach wenigen Monaten.

 Überwiesen in den Ausschuss für Verkehr und öffentliche Ordnung.

Antrag:**Nachwahl eines stellvertretenden Bürgerdeputierten im Ausschuss für Kultur und Weiterbildung (Drs.-Nr. VII-0869)**

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin wählt Herrn Henning Mohr als stellvertretenden Bürgerdeputierten für den Ausschuss für Kultur und Weiterbildung.

Die bisherige stellvertretende Bürgerdeputierte Frau Linda Vierecke hat ihr Amt gem. § 24 Abs. 1 BezVG durch Wegfall der Voraussetzungen (§ 22) vorzeitig beendet. Daher wird die Nachwahl eines stellvertretenden Bürgerdeputierten für den Ausschuss für Kultur und Weiterbildung notwendig.

 Einstimmig beschlossen.

Antrag:**Nachwahl eines stellvertretenden Bürgerdeputierten im Ausschuss für Wirtschaft, Gleichstellung und Städtepartnerschaft (Drs.-Nr. VII-0870)**

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin wählt Herrn Mathias Brüggmann als stellvertretenden Bürgerdeputierten für den Ausschuss für Wirtschaft, Gleichstellung und Städtepartnerschaften.

Die bisherige stellvertretende Bürgerdeputierte Frau Uta Kletzing hat ihr Amt gem. § 24 Abs. 1 BezVG durch Wegfall der Voraussetzungen (§ 22) vorzeitig beendet. Daher wird die Nachwahl eines stellvertretenden Bürgerdeputierten für den Ausschuss für Wirtschaft, Gleichstellung und Städtepartnerschaften notwendig.

 Einstimmig beschlossen.

Pressemitteilung vom 14.01.2015**Bessere Gesundheitsversorgung für Geflüchtete bei weniger Bürokratie**

Versorgung unzureichend / SPD-Fraktion Pankow fordert „Bremer Modell“ für Berlin

Die Gesundheitsversorgung von Asylbewerberinnen und -bewerbern ist bundeseinheitlich nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geregelt und sieht lediglich eine Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzen vor. In Berlin müssen sich erkrankte Flüchtlinge vor einer Behandlung zudem einen behördlichen Krankenschein ausstellen lassen, der die ärztliche Versorgung erst ermöglicht. Diese Praxis ist umständlich und führt zu einer Verschleppung medizinisch notwendiger Krankenbehandlungen. In der Folge müssen überdurchschnittlich häufig Notdienste in Anspruch genommen werden.

In Bremen wird seit 2005 erfolgreich ein Modell umgesetzt, das 2012 auch von Hamburg übernommen wurde: Die Sozialbehörden beider Bundesländer nutzen die im Sozialgesetzbuch V bestehende Möglichkeit einer Krankenversicherung für Asylbewerberinnen und -bewerber. Dies wird durch eine vertragliche Kooperation der Verwaltung mit einer Krankenkasse umgesetzt. Die SPD-Fraktion Pankow fordert eine Übernahme dieses Modells und hat einen entsprechenden Antrag zur 28. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow eingebracht. „Eine Krankenversicherung mit dazugehöriger Chipkarte wäre eine deutliche Verbesserung der bisherigen Situation“, stellt die SPD-Fraktionsvorsitzende in der BVV Pankow, Rona Tietje, fest. „Auch wenn es Einschränkungen im Leistungsumfang gibt, würde dieser Schritt die medizinische Versorgung für die Betroffenen erheblich normalisieren. Auch Ärzte und Behörden profitieren davon, da doppelte Abrechnungen wegfallen und nicht nur Zeit, sondern auch Kosten eingespart werden.“ Das „Bremer Modell“ wäre demnach für alle Beteiligten von Vorteil.

Pressemitteilung vom 14.01.2015**„Wilhelmsruher Tor“ als lebendiges Stadtquartier zeitnah umsetzen**

Bis zu 250 neue Wohnungen / SPD-Fraktion Pankow für zügigen Verfahrensbeginn

An der Kopenhagener Straße in Wilhelmsruh ist die Errichtung eines neuen Stadtquartiers geplant. Neben Flächen für Dienstleistungen und einen Nahversorger sollen hier vor allem bis zu 250 Wohnungen sowie eine Kindertagesstätte entstehen, die in unmittelbarer Nähe zum S-Bahnhof gelegen und damit hervorragend an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen sind. Ausgehend von einer Initiative der SPD-Abteilung Wilhelmsruh-Rosenthal setzt sich die SPD-Fraktion in der BVV Pankow dafür ein, dass die bestehenden Planungen noch im ersten Quartal 2015 durch das Bezirksamt in ein verbindliches Verfahren überführt werden und das Vorhaben somit zeitnah umgesetzt werden kann.

Das geplante Stadtquartier „Wilhelmsruher Tor“ ist als städtebaulicher Lückenschluss gedacht. Es entlastet durch die neu zu schaffenden Wohnungen nicht nur den angespannten Mietmarkt in Pankow, sondern soll zugleich die Wohn- und Lebensqualität in Wilhelmsruh steigern. „Hierbei muss durch einen städtebaulichen Vertrag sichergestellt sein, dass der absehbar steigende Bedarf an sozialer Infrastruktur ebenso berücksichtigt wird wie auch der Einzelhandel, um ein attraktives und lebendiges Stadtquartier zu schaffen“, macht der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mike Szidat, deutlich. Zudem müsse darauf geachtet werden, das gewachsene Wilhelmsruher Ortszentrum sinnvoll mit dem neuen Areal zu verbinden, so Szidat weiter. Der Pankower Ortsteil könnte dadurch insgesamt eine erhebliche Aufwertung erfahren.

Pressemitteilung vom 14.01.2015

Mehr Parkplätze durch Querparken im Prenzlauer Berg

SPD-Fraktion Pankow fordert optimale Nutzung des öffentlichen Raums

Die angespannte Parkplatzsituation in vielen Teilen des Bezirks, insbesondere in den dicht besiedelten Innenstadtgebieten, ist ein dauerhaftes Ärgernis für viele Pankowerinnen und Pankower. Trotz der Parkraumbewirtschaftung sind Stellplätze im öffentlichen Raum knapp, sodass die vorhandenen Möglichkeiten optimal genutzt werden sollten. Wo dies möglich ist, ergibt sich eine Erhöhung der Stellplatzzahlen und damit eine Verbesserung der Situation durch die Umstellung von Längs- auf Querparken. Ein Teil der Sredzkistraße in Prenzlauer Berg bietet sich hierfür an, weshalb die SPD-Fraktion Pankow einen entsprechenden Antrag zur heutigen 28. Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eingebracht hat.

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV Pankow, Roland Schröder, verweist auf die Ergebnisse seiner Kleinen Anfrage (VII-0691) an das Bezirksamt: „Danach wären allein auf diesem Abschnitt zwölf zusätzliche Stellplätze möglich. Die anfallenden Markierungskosten würden durch die erwarteten Einnahmen über Parkscheingebühren sowie Buß- und Verwarngelder innerhalb weniger Monate gedeckt“. Und Schröder sieht noch einen weiteren Vorteil: „Durch die Fahrbahnverengung dürfte sich die Geschwindigkeit des Durchgangsverkehrs verringern. Auch das kommt den Anwohnerinnen und Anwohnern zugute.“ Mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer sowie eine geringere Lärmbelastung in der unmittelbaren Wohnumgebung wären die Folge.